



**Kassenärztliche Vereinigung
Mecklenburg-Vorpommern**
Körperschaft des öffentlichen Rechts

PRESSEMITTEILUNG

Protest gegen das Krankenhausstrukturgesetz Resolution der KVMV-Vertreterversammlung

Schwerin, 26. November 2015 – Die Vertreterversammlung (VV) der Kassenärztlichen Vereinigung M-V (KVMV) hat am 21. November 2015 in Schwerin einstimmig eine Resolution beschlossen. Darin äußern die VV-Mitglieder ihren Protest gegen die Neuordnung des ambulanten Notdienstes im Krankenhausstrukturgesetz, das im November vom Bundestag verabschiedet wurde.

Resolution:

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern unterstützt das Schreiben des Vorstandes unserer KV vom 11.11.2015 an den Bundesminister für Gesundheit, Herrn Hermann Gröhe, zu den Festlegungen des aktuellen Krankenhausstrukturgesetzes bezüglich des vertragsärztlichen Bereitschaftsdienstes. Wir protestieren gegen die Zerstörung bereits geschaffener sinnvoller regionaler Lösungen zur Verbesserung der Versorgung der Landbevölkerung im vertragsärztlichen Bereitschaftsdienst unseres Bundeslandes. Wir fordern die extra-budgetäre Vergütung des politisch gewollten erhöhten Leistungsbedarfs sowohl für die Kliniken als auch für die Kassenärzte außerhalb der morbiditätsbedingten Gesamtvergütung, da sonst wirtschaftliche Einbußen besonders der haus- und fachärztlichen Grundversorger zu befürchten sind.

In dem Schreiben an das Bundesgesundheitsministerium, auf das sich die Resolution bezieht, heißt es, dass der KVMV-Vorstand eine undifferenzierte Förderung aller Krankenhäuser vor dem Hintergrund der bekannten Renditen der großen Krankenhausketten für sozialpolitisch bedenklich halte. „In Mecklenburg-Vorpommern sind über die Hälfte aller Krankenhäuser in privater Hand, darunter Kapitalgesellschaften, wie HELIOS, mit seit Jahren zweistelligen Gewinnmargen.“

Bereitschaftsdienstpraxen an Krankenhäusern seien dagegen seit Jahren im Land als praktikable Lösung durch die Vertragsärzte selbst etabliert worden, um die medi-



zinische Versorgung der Bevölkerung außerhalb der regulären Sprechzeiten zu sichern – unter dem effektiven Einsatz der vorhandenen Ressourcen, so die drei Vorstände der KVMV. Darüber hinaus kritisierten sie die beabsichtigte Reform der Leistungen der Notfallambulanzen nach der „Schwere“ der Fälle unter der Berücksichtigung der Vorhaltekosten der Krankenhäuser zulasten der Grundversorgung. „Mit großer Sorge betrachten wir den Vorwegabzug der Vergütung für die Leistungen des Notdienstes von der morbiditätsbedingten Gesamtvergütung. Dies wird eine zusätzliche Belastung der haus- und fachärztlichen Grundversorgung bewirken. Weiterhin befürchten wir durch den Wegfall von Steuerungsmöglichkeiten mittels der Honorarverteilung negative Auswirkungen auf die Sicherstellung des Bereitschaftsdienstes besonders im ländlichen Raum“, heißt es in dem Schreiben.

Die Vorstände der KVMV bekräftigen ihre Bereitschaft, die Organisation des Not- bzw. Bereitschaftsdienstes zu verbessern. Sie bitten um Unterstützung, damit bereits funktionsfähige und etablierte regionale Strukturen nicht zurückgebaut und die medizinische Grundversorgung, insbesondere im ländlichen Raum, nicht beeinträchtigt werden.

Der Brief ist von Axel Rambow, dem Vorstandsvorsitzenden, und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden der KVMV, Dipl.-Med. Fridjof Matuszewski und Dr. Dieter Kreye unterzeichnet.

Ansprechpartnerin:

Kerstin Alwardt, Pressestelle der KVMV, Tel.: 0385.7431 213, E-Mail: presse@kvmv.de,

Internet: www.kvmv.info